

Betrugsskandal: Benko unter Verdacht - Fünf Millionen Euro verschwunden!

Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt gegen René Benko wegen Betrugsverdachts um fünf Millionen Euro.



Wien, Österreich - Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren gegen den Unternehmer René Benko eingeleitet. Dies berichtet **vol.at**. Benko sieht sich schwerwiegenden Vorwürfen gegenüber: Er soll einen Investor, mutmaßlich Hans Peter Haselsteiner, um fünf Millionen Euro geschädigt haben. Demnach soll Benko Haselsteiner verleitet haben, diese Summe an den Sanierungsbeauftragten der Signa Holding GmbH zu überweisen, indem er vorgab, einen ihm zustehenden Dividendenbetrag im Falle eines Ausfalls selbst zu begleichen.

Die Vorwürfe sind besonders brisant, da Benko, der im Herbst 2023 Haselsteiner um finanzielle Unterstützung für die Signa-

Tochter Sportscheck bat, seine Zusage in einer notariell beglaubigten Garantieerklärung festhielt, die eine Rückzahlung bis spätestens 30. Juni 2024 verspricht. Trotz dieser Zusicherung geriet jedoch auch Sportscheck in die Insolvenz, während Benko selbst im März 2024 in den finanziellen Ruin trudelte.

Details zum Betrugsvorwurf

Vergangene Berichte deuten darauf hin, dass Benko die Privatstiftung der Familie Haselsteiner kurz vor der Insolvenz von Signa um die besagten fünf Millionen Euro brachte. Haselsteiner hatte im Juni 2022 Signa-Development-Aktien im Wert von fünf Millionen Euro erworben, wobei der Kaufpreis nicht sofort fließen sollte, sondern durch Dividenden aufgerechnet wurde, die der Haselsteiner-Stiftung zustanden. Bis Ende November 2023 stellte die Signa Holding schließlich Insolvenzantrag.

Obwohl weitere Details zu dem Verfahren aus ermittlungstechnischen Gründen derzeit nicht verfügbar sind, ist der Verdacht erheblich. Benkos Geschäftstätigkeiten und die damit verbundenen rechtlichen Herausforderungen werfen ein Licht auf die potenziellen Gefahren von Wirtschaftskriminalität im aktuellen Unternehmensumfeld. Laut einer aktuellen Studie zu Wirtschaftskriminalität in Deutschland, veröffentlicht von **KPMG**, zeigen 54 Prozent der befragten Unternehmen eine ungenügende Vertrautheit mit den Regelungen des neuen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG), das seit dem 1. Januar 2023 in Kraft ist.

Wirtschaftskriminalität im Fokus

Das LkSG verpflichtet Unternehmen, Maßnahmen zur Prävention und Reaktion auf Menschenrechts- und Umweltverstöße in der Lieferkette zu implementieren. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass 73 Prozent der Unternehmen eine spürbare Auswirkung des LkSG auf ihre Geschäftstätigkeit erwarten, während 38 Prozent der großen Unternehmen Reputationsschäden bei Verstößen

befürchten. Diese Anforderungen sind von zunehmender Bedeutung und stellen eine Herausforderung für zahlreiche Unternehmen dar, die sich im gegenwärtigen wirtschaftlichen Klima behaupten müssen.

Zusammenfassend ist der Betrugsvorwurf gegen René Benko ein klarer Hinweis auf die Dringlichkeit von Transparenz und Integrität im Geschäftsleben. Das Geschehen rund um die Signa Holding und die Auswirkungen des LkSG zeigen, wie wichtig es ist, extrem sorgfältig mit finanziellen Ressourcen umzugehen und langfristige Unternehmensstrategien zu überdenken.

Details	
Vorfall	Betrug
Ort	Wien, Österreich
Schaden in €	5000000
Quellen	• www.vol.at • kpmg.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at